



Presseschau vom 07.01.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Ukraine eifert Russland nach: Wodka-Export in EU ausgebaut
Die ukrainischen Wodka-Hersteller haben den Export ihrer Produktionen in die EU gesteigert. Das geht aus einem aktuellen Bericht der ukrainischen Beratungsfirma Pro Consulting hervor. Vor dem Beginn der politischen Krise im Land waren laut dem Bericht die Mitglieder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) die Hauptimporteure von Wodka aus der Ukraine. Im Jahr 2012 seien 66 Prozent der Produktion nach Russland geliefert worden, so die Analytiker.

Nach dem Verlust des russischen Markts sind die ukrainischen Wodka-Hersteller demnach auf den Export in die EU-Länder ausgewichen: Dieser werde nun seit 2015 stetig gesteigert, merkte Pro Consulting an. Die Hauptimporteure von ukrainischem Wodka seien derzeit Lettland, Polen und Deutschland. Gleichzeitig steige aktuell in der Ukraine der Import von „Elite-Alkohol“ aus Europa.

Russland hatte am 1. Januar 2016 zum Schutz des eigenen Marktes den Vertrag über die Freihandelszone mit der Ukraine im Rahmen der GUS ausgesetzt sowie Zölle und ein Lebensmittelembargo eingeführt.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **einmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurde das Gebiet von **Wesjologorowka**. Geschossen wurde mit einem 120mm-Mörser.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **viermal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **Gorlowka und Spartak** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. Das Gebiet von **Jasinowataja** wurde mit Mörsern beschossen.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 4. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse - Anm. d. Übers.). Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 106.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 166.

Wir erinnern daran, dass ab 1:00 (Moskauer Zeit) am 23. Dezember, gemäß einer Vereinbarung der Kontaktgruppe über die Wiederaufnahme ihrer Verpflichtungen durch die Seiten im Vorfeld der Winterfeiertage ein Waffenstillstand in Kraft getreten ist.

de.sputniknews.com: Adidas-Chef fordert mehr Nähe zu Russland und warnt vor „moralischem Hochmut“

Adidas-Chef Kasper Rorsted hat sich in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) mit deutlichen Worten für eine Annäherung des Westens an Moskau ausgesprochen. Die Idee, dass mit Sanktionen nur Russland bestraft wird, bezeichnete er als Irrtum.

Der Adidas-Chef plädierte im Gespräch mit der Zeitung dafür, die Beziehungen zu Russland in Ordnung zu bringen: „Wir können uns nicht auf Jahre feindselig gegenüber stehen.“ Rorsted übte zudem Kritik an der Politik, die die Folgen der antirussischen Sanktionen herunterzuspielen versuche: „Wer glaubt, wir bestrafen mit Sanktionen nur Russland, der irrt. Auch im Westen sind viele Arbeitsplätze dadurch verloren gegangen. Den Effekt unterschlägt die Politik nur gerne.“

Man müsse nicht alles gutheißen, was der russische Präsident Wladimir Putin mache, betonte er weiter. Es sei jedoch im Interesse Europas, eine Annäherung mit Russland zustande zu bringen.

Der Konzernchef sprach auch von seiner Sympathie für Russland: Er kenne das Land seit Jahren und habe eine Affinität dazu. „Ich mag das Land, ich mag die Menschen dort, und ich finde: Kulturell liegen die Russen Europa viel näher als andere.“

Anstatt „mit jedem auf dem Globus Streit zu suchen“, sollten Politiker laut Rorsted nach ein paar Verbündeten schauen.

Der Adidas-Chef zeigt sich zudem davon überzeugt, dass die Fußball-WM 2018 in Russland ein Erfolg sein werde. Er habe volles Vertrauen in die organisatorischen Fähigkeiten der Russen: „Das haben sie beim Testlauf mit dem Confed-Cup bewiesen. Da fallen mir etliche andere Staaten ein, denen ich solch eine Großveranstaltung weniger zutrauen würde.“

Rorsted warnte in Bezug auf die große Veranstaltung vor „moralischem Hochmut“ und einem „vorschnellen Urteil“. Zum Glück interessierten sich die meisten Fans nicht für die große Politik, sondern würden sich einfach nur auf Fußball freuen.

Zuvor hatte der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin bei einem Treffen mit seinem deutschen Amtskollegen Sigmar Gabriel eine angeblich illegale Tätigkeit deutscher Firmen auf der Krim beklagt, darunter auch Adidas. Er versprach, den Firmen „politisch und rechtlich zu schaffen zu machen“.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31896/15/318961559.jpg>

dnr-news.com: Der Leiter des Instituts für Nationales Gedenken der Ukraine schlug vor, die Periode des Bestands in der UdSSR als „Okkupation“ zu bezeichnen

Die Ukraine sollte die Zeit ihrer Mitgliedschaft in der UdSSR als „Okkupation“ anerkennen und Gesetze annehmen, die das gegenwärtige Land als Rechtsnachfolger der Traditionen der Ukrainischen Volksrepublik(UVR) festschreiben. Diese Meinung äußerte der Leiter des Ukrainischen Instituts für Nationales Gedenken Wladimir Wjatrowitsch.

„Im nächsten Jahr begehen wir eine Reihe von wichtigen Ereignissen im Zusammenhang mit der ukrainischen Revolution. Sie werden die Vorstellungen der Gesellschaft über die Verbindung zwischen dem modernen ukrainischen Staat und der Ukrainischen Volksrepublik (UVR) herausbilden und bestimmen, was genau die sowjetische Periode war. Letztendlich werden im politischen Bereich immer häufiger die Thesen zu hören sein, die man auf historischer Grundlage schon lange hört. Die Rede ist von einer sowjetischen Besatzung, von der Installierung eines bolschewistischen und dann eines kommunistischen Besatzerregimes“, sagte er in einer ukrainischen Fernsehsendung.

Außerdem meint Wjatrowitsch, dass Kiew politische und juristische Schritte unternehmen müsse, die den heutigen Staat als Nachfolger des ukrainischen Staates von 1917-1921 bezeichnet. Nach den Worten des Historikers kennzeichnet das Jahr 2017 den 100. Jahrestag des „Beginns der bolschewistischen Aggression“.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-01/thumbs/1515318089_vyatrovich11.jpg

de.sputniknews.com: Einst von UdSSR „okkupiert“? Duma-Abgeordneter holt Kiew auf Boden der Tatsachen

Die Ukraine muss laut dem Vorsitzenden des russischen Duma-Ausschusses für die Angelegenheiten der GUS, Leonid Kalaschnikow, darauf vorbereitet sein, auf Charkow (Charkiw), Dnepropetrowsk (Dnipro) und die Region Donbass zu verzichten, wenn sie ihre frühere Zugehörigkeit zur Sowjetunion als „Okkupation“ bewerten sollte.

„Wenn es ernst gemeint ist, so müsste die halbe Ukraine und nicht nur die Krim an Russland zurückgegeben werden. Denn auch Charkow, Dnepropetrowsk und der Donbass waren vor der Gründung der Sowjetunion nicht im Bestand der Ukraine gewesen“, sagte Kalaschnikow in einem Interview mit Sputnik.

Wie der Direktor des Ukrainischen Institutes für nationales Gedenken, Wladimir Wjatrowitsch, am Freitag erklärt hatte, muss Kiew darauf hinarbeiten, dass die Zugehörigkeit der Ukraine zur UdSSR als „bolschewistische und kommunistische Okkupation“ anerkannt werde.

„Es handelt sich um die sowjetische Okkupation und die Errichtung eines bolschewistischen und später eines kommunistischen Okkupationsregimes“, sagte Wjatrowitsch gegenüber dem „Kanal 5“ des ukrainischen Fernsehens.

Nach der Revolution 1917 und der Gründung der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (USSR) mit der Hauptstadt in Charkow wurden der Ukraine Territorien übergeben, die zu Zeiten des Russischen Reiches nicht nur zu Malorossija (Kleinrussland), sondern auch zum Donbass sowie zur Region Noworossija (Neurussland) gehört hatten, die Donezk, Lugansk, Cherson, Nikolajew, Odessa, Dnepropetrowsk und Kirowograd umfasste. In den Jahren 1939 und 1940 wurde Ostgalizien, Nord-Bukowina und Südbessarabien und im Jahr 1945 Transkarpatien der Ukraine angegliedert. 1954 wurde das Gebiet Krim aus der Russischen Sozialistischen Föderalen Sowjetrepublik (RSFSR) ausgegliedert und der ukrainischen Verwaltung unterstellt.

nachmittags:

dan-news.info: Weihnachtsfeierlichkeiten auf dem Zentralplatz der Hauptstadt der DVR
Einige tausend Donezker und Gäste der Stadt haben sich heute auf dem Leninplatz im Zentrum von Donezk zu einem Fest anlässlich Christi Geburt versammelt, berichtet ein DAN-Korrespondent vom Ort des Geschehens.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2018/01/dan-news.info-2018-01-07_12-51-58_207867-dsc_0354.jpg

Für die Zuschauer treten Gesangs- und Tanzensembles der Kulturpaläste aus verschiedenen Bezirken von Donezk auf. Von der Bühne erklingen Volkslieder, sowjetische Schlager und auch moderne Kompositionen.

Für die Kinder ist ein Unterhaltungsprogramm mit Väterchen Frost, Schneeflöckchen und lebensgroßen Puppen organisiert. Die jungen Einwohner der Republik können reiten, mit Spielzeugautos und Scootern fahren.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2018/01/dan-news.info-2018-01-07_12-51-37_412752-dsc_0344-1024x680.jpg

In der Nähe der Bühne haben die Organisatoren des Festes im Rahmen einer Spendenaktion eine „magische Truhe“ aufgestellt. In die kann jeder, der möchte, Weihnachtsgeschenke für elternlose Kinder in Waisenhäusern hineinlegen. Die Donezker nehmen aktiv an dieser Aktion teil, sie legen Süßigkeiten und Spielzeug in die Truhe.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2018/01/dan-news.info-2018-01-07_12-51-51_021029-dsc_0352-1024x680.jpg

Außerdem gibt es auf dem Platz auch einen Weihnachtsmarkt. An den Ständen kann man Honig, handgearbeitete Souvenirs und andere Waren kaufen. Die Weihnachtsfeierlichkeiten finden von 13:00 bis 18:00 statt. Ähnliche Veranstaltungen gibt es heute in vielen Städten der DVR, sogar in den frontnahen.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2018/01/dan-news.info-2018-01-07_12-52-27_743574-dsc_0383-1024x680.jpg

de.sputniknews.com: Putin hatte 2014 keinerlei Gründe, Ukraine-Konflikt zu provozieren – US-Professor

Die Geschichte der Ukraine-Krise wird durch politische Mythen und die professionelle Inkompetenz der amerikanischen Medien verzerrt, wie der Russland-Experte und Ehrenprofessor der Princeton University und der New York University, Stephen Cohen, meint, den das Magazin „The Nation“ zitiert.

In einer Diskussion mit dem Rundfunkmoderator John Batchelor räumte er, wie die Zeitschrift schreibt, ein, der Regelung dieser Krise würden zwei diametrale Versionen ihres Ausbruchs im Wege stehen.

Laut der ersten – der Version der USA – ist es ausschließlich eine „Aggression“ des Kremls und Putins. Laut der zweiten – der Version Russlands – ist es eine „Aggression“ der Europäischen Union und der Nato, hinter der Washington steht. Cohen meint, dass es in dieser Geschichte viele „dumme Absichten, Irrtümer und Fehlkalkulationen“ gebe. Allerdings sei die Version Moskaus, die die amerikanischen Medien vollständig ignorieren würden, seines Erachtens den historischen Realitäten der Jahre 2013-2014 wohl am nächsten.

Cohen erinnerte daran, dass sich Putin im Januar 2014 auf die Olympiade in Sotschi vorbereitet und beabsichtigt habe, zu demonstrieren, dass Russland ein unabhängiger und vertrauenswürdiger Partner in internationalen Angelegenheiten sei. Und deshalb habe Putin keinerlei Veranlassung gehabt, eine umfangreiche Krise mit dem Westen oder mit der „brüderlichen“ Ukraine zu provozieren.

„Vernünftige oder nicht, doch alle seine Schritte waren seitdem hauptsächlich reaktiver, aber keineswegs ‚aggressiver‘ Art, einschließlich seiner Handlungen auf der Krim und im Osten

der Ukraine“, stellte der Professor fest.

Er machte darauf aufmerksam, dass der Ausbruch der Krise durch die Partnerschaftvereinbarung beschleunigt worden sei, die die EU dem Präsidenten der Ukraine, Viktor Janukowitsch, angeboten und auf die jener im November 2013 verzichtet hatte. Putin und seine Vertreter seien damals bemüht gewesen, die EU zu überzeugen, die Wirtschaftsvereinbarung mit der Ukraine „dreiseitig“ zu machen, d. h. auch Moskau einzubeziehen. Wie dem auch sei haben die EU-Spitzenpolitiker dies abgelehnt und Kiew suggeriert, eine Wahl zwischen Russland und dem Westen zu treffen, ergänzte Cohen. Der Professor erklärte ferner, dass westliche Strukturen viele Jahre lang „Milliarden Dollar in die Ukraine investiert haben, um es auf die ‚zivilisierten‘ Werte des Westens vorzubereiten. Demnach hat der ‚Marsch‘ in die Ukraine lange vor den Ereignissen auf dem Maidan begonnen.“ Aus diesem Grunde äußerte Cohen Zweifel daran, ob man den Umsturz im Februar 2014 überhaupt eine „demokratische Revolution“ nennen könne, wo doch ein Teil der oligarchischen Kräfte an Ort und Stelle geblieben sei.

„Die antidemokratischen Wurzeln des heutigen Regimes fahren fort, sich auf seine Tätigkeit auszuwirken. Präsident Petro Poroschenko ist unter den Ukrainern äußerst unbeliebt geworden. Sein Regime bleibt durch und durch korrumpiert“, ergänzte Cohen.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In der Weihnachtsnacht, an einem der von den orthodoxen Christen geachtetsten Feiertag, wurden die Gebiete von **Gorlowka und Spartak** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. Mit Mörsern wurde auch das Gebiet der leidgeprüften Ortschaft **Jasinowataja** beschossen.

Die Geschichte mit der sogenannten „**Georgischen Legion**“, die durch Kriegsverbrechen und eine vor kurzem erfolgte Massendesertion aus der Zone der sogenannten „ATO“ bekannt geworden ist, hat sich weiterentwickelt.

So hat unsere Aufklärung Informationen erhalten, dass aufgrund der entstandenen Situation und auch der aktiven Unterstützung für die georgischen Söldner, die ihre Positionen verlassen haben, durch Kommandeure und Soldaten des 25. Panzergrenadierbataillons „Kiewskaja Rus“ das Bataillon derzeit eilig aus der Zone der sogenannten „ATO“ abgezogen wird. Zur Ablösung dieses ehemaligen „Freiwilligenbataillons“ kommt das nicht weniger durch seine Verbrechen und Strafaktionen gegenüber den örtlichen Einwohnern bekannte **Bataillon „Donbass“**.

Es wird keine große Neuigkeit sein, wenn das Kommando der ukrainischen Streitkräfte nach dem Abzug des 25. Bataillons in das Hinterland erklären wird, dass es ein solches Bataillon im Bestand der 54. mechanisierten Brigade nicht gegeben hat, wie es Vertreter der Brigade bereits bezüglich der „Georgischen Legion“ erklärt haben.

Wir wir sehen, wird das Verhältnis der ukrainischen Streitkräfte und der offiziellen Behörden zu den verschiedenen Söldnern und Freiwilligen in ihren Reihen immer schlechter und schlechter. Die Verluste unter diesen „Halbsoldaten“ werden in den offiziellen Berichten nicht berücksichtigt, mit ihrer Versorgung befassen sich Freiwilligenbewegungen und im Falle irgendwelcher Unstimmigkeiten sagt man sich von ihnen einfach los. Aber im Fall der 54. Brigade ist es ein klarer, durch den Brigadekommandeur vorsätzlich provozierter Abzug der Georgier unter dem Feuer seiner Artillerie und dem der Einheiten des Nationalistenbataillons „Ajdar“.

Ein solches Verhalten der offiziellen Behörden bringen wir mit der aufgekommenen Hoffnung Kiews auf eine weitere, „**siebte Mobilisierungswelle**, dank derer alle Einheiten, die zu sogenannten „ATO“ herangezogen werden, aufgefüllt werden, in Verbindung.

Außerdem wird eines der Unterscheidungsmerkmale dieser Mobilisierungswelle die Schaffung einzelner Bataillone „von Null an“ sein, dazu beginnt eine Einberufung von

Reserveoffizieren, die die militärwissenschaftlichen Lehrstühle der Hochschulen der Ukraine absolviert haben.

Nach einem Monat, der für Übungen genutzt wird, wird ein so gebildetes Bataillon zum Stopfen von Löchern in der Verteidigung und zum Erhalt von Kampferfahrung in die Zone der sogenannten „ATO“ geschickt werden, die Verluste der unerfahrenen Soldaten beunruhigen dabei niemanden.

de.sputniknews.com: EU-Strafe für Russlands Embargo ist „Gesetzlosigkeit“ – kommt jetzt der WTO-Ausstieg?

Die Absicht der EU, 1,4 Milliarden Euro jährlich von Russland wegen des angeblich illegalen Importverbots auf Schweinefleisch aus Europa zu erzwingen, ist laut dem Vizechef des Auswärtigen Ausschusses im russischen Föderationsrat (Oberhaus), Wladimir Dschabarow, blanke Willkür.

„Argumente sind notwendig. Bislang ist das, was die EU erklärt, Gesetzlosigkeit. Es gibt Beschränkungen auf den Finanzmärkten, unsere Unternehmen stehen unter Verbot. Warum? Warum gibt es diese Ungleichheit?“, sagte Dschabarow in einem Gespräch mit dem Sender RT.

Die EU verhängt seit 2014 ständig Sanktionen und halte das für normal, während die von Russland getroffenen Gegenmaßnahmen als Verstoß gegen die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) gewertet würden.

„Wo war die WTO, als die Sanktionen gegen Russland verhängt wurden? Wenn das so weitergeht, sollte man die Fragen stellen: Hat es noch Sinn, in der WTO zu bleiben? Was gibt uns die Mitgliedschaft in dieser Organisation?“

Außer Problemen und der totalen Schutzlosigkeit gegenüber der Sanktionspolitik bringe die WTO-Mitgliedschaft Russland nichts, so Dschabarow.

„Wenn dies (die Forderung der EU – Anm. d. Red.) beim Schiedsgericht eingereicht wird, werden wir unsere Interessen vollständig verteidigen müssen, bis zum Ausstieg aus der WTO.“

Dem Senator zufolge muss Moskau auch dann in seinen Interessen handeln, falls das Gericht die EU-Forderung für legitim erklärt.

„Wir müssen den amerikanischen Weg gehen. Sie halten ihre nationalen Interessen für wichtig und erkennen keine internationalen Gerichte an. Wenn das Gericht diese Klage für legitim erklärt, handelt es aus meiner Sicht rechtswidrig. Diese Gerichtsentscheidung darf nicht zum Schaden der russischen Wirtschaft umgesetzt werden.“

Am Samstag hatte die Zeitung „Politico“ berichtet, dass die EU den Druck auf Russland erhöhe. Brüssel wolle 1,4 Milliarden Euro jährlich von Moskau erzwingen, weil es angeblich ein illegales Importverbot auf Schweinefleisch aus Europa eingeführt habe.

de.sputniknews.com: Hmeimim-Airbase mit Drohnen attackiert – Syrischer Journalist

Der syrische Journalist Kevork Almassian hat auf seinem Twitter-Account berichtet, dass vom russischen Luftstützpunkt Hmeimim im Westen Syriens am Samstag Explosionen, Schießerei und Alarmsignale zu hören waren.

„Die Kämpfer dürften die Luftwaffenbasis Hmeimim mit Drohnen attackiert haben“, so der Journalist.

Dagegen hat ein Twitter-Nutzer auf seiner Seite geschrieben, dass das russische Fla-Raketen-Kanonensystem Panzir-S1 die Geschosse abgefangen hätte.

Der neue Beschuss sei jedoch offiziell nicht bestätigt worden.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass zwei russische Militärs bei einem Beschuss des Luftwaffenstützpunktes Hmeimim am 31. Dezember getötet worden seien.

Am selben Tag soll ein Kampfhubschrauber vom Typ Mi-24 etwa 15 Kilometer vom

ostsyrischen Hama entfernt wegen eines technischen Problems abgestürzt sein. Beide Piloten seien tödlich verunglückt. Das dritte Besatzungsmitglied wurde laut dem russischen Verteidigungsministerium verletzt und konnte gerettet werden.

Lug-info.com: Mitteilungen des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der LVR ist stabil angespannt, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen **einmal** den „Neujahrswaffenstillstand“ verletzt und sieben 120mm-Mörsergeschosse auf das Gebiet von **Wesjologorowka** abgeschossen.

Dabei verletzen die ukrainischen Streitkräfte systematisch die Bedingungen zur Stationierung von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen entlang der Kontaktlinie und konzentrieren militärisch-technisches Potential ihrer Einheiten in der Konfliktzone.

So wurde festgestellt, dass im Gebiet von Petrowka, Staniza-Luganskaja-Bezirk, in einem Abstand von 8 km von der Kontaktlinie auf dem Territorium einer Milchfarm eine Batterie von 122mm-Haubitzen D-30 mit 5 Geschützen aus dem Bestand der 80. Luftsturmgruppe der ukrainischen Streitkräfte stationiert ist.

Im Gebiet von Krymskoje, 5km von der Kontaktlinie, wurden Feuerpositionen von sechs 120mm-Mörsern aus einer Mörserbatterie der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte entdeckt.

Außerdem wurden südlich von Troizkoje provisorische Feuerpositionen einer Mörserbatterie aus dem 2. Bataillon der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte entdeckt.

Im Gebiet der Ortschaften Smeloje und Simogorje wurden Flüge von Drohnen einer Aufklärungskompanie der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte zum Zweck der Luftaufklärung der Positionen der Volksmiliz der LVR und zur Feuerleitung entdeckt.

Nach uns vorliegenden Informationen arbeiten im Gebiet von Swetlodarsk im Verantwortungsbereich des 25. Bataillons der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Vertreter ukrainischer Massenmedien.

Im Zusammenhang damit sind wir auf provokative Beschüsse vorbereitet, mit denen der Gegner versuchen wird, die Erwidern des Feuers hervorzurufen und die Einheiten der Volksmiliz der LVR zu diskreditieren. Es sind Inszenierungen möglich, die angebliche Verstöße der Volksmiliz bestätigen sollen.

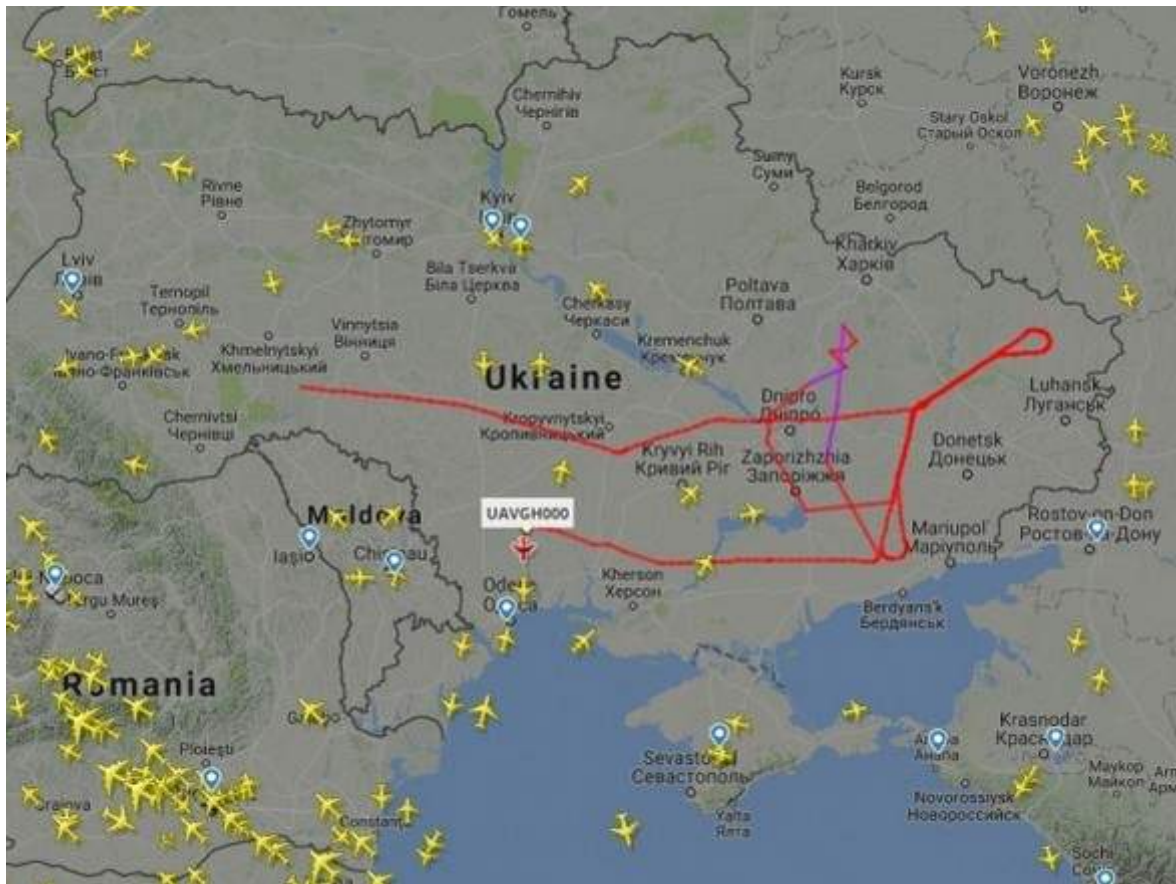
Timer-odessa.net: Über dem Süden der Ukraine fliegt eine amerikanische Drohne

Am Himmel über den südlichen Bezirken der Ukraine wurde der Flug einer amerikanischen Drohne aufgezeichnet. Dies berichtet die ukrainische Nachrichtenagentur UNN.

Nach Angaben des Service Flightradar24 flog UAVGH000 über den Oblasten Kirowsk, Dnepropetrowsk und Saporozhe, aber auch über die Oblaste Lugansk und Donezk, insbesondere über die ATO-Zone.

Die Daten der Drohne sind verschlüsselt. Der angegebene Codename UAVGH000 gehört zu den strategischen Aufklärungsdrohnen der USA RQ-4A Global Hawk.

Die Pressedienste der Staatlichen Luftfahrtbehörde und des Generalstabs besäßen keine Informationen dazu und würden es auch nicht kommentieren, berichtet UNN:



http://timer-odessa.net/uploads/2018/01/1515326749_7227.jpg

Dan-news.info: „Am 7. Januar um 12 Uhr haben die Gastechniker die Gasversorgung von Jasinowataja zu 97 Prozent für Verbraucher in Mehrparteienwohnhäusern und zu 99 Prozent für Verbraucher in privaten Häusern wieder in Betrieb genommen“, teilte der Pressedienst des staatlichen Konzerns Donbassgas mit.

Noch 278 Verbraucher in Mehrparteienwohnhäusern und 15 Verbraucher des privaten Sektors haben noch kein Gas, weil sie zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme nicht zu Hause waren.

„Wenn die Verbraucher in ihre Wohnung zurückkehren, können sie telefonisch einen Antrag auf Wiederaufnahme der Gasversorgung stellen“, teilte Donbassgas mit.

Abends:

de.sputniknews.com: Tschetschenien-Chef will „militärische Verrücktheit der USA“ stoppen
 Das Oberhaupt der russischen Teilrepublik Tschetschenien im Nordkaukasus, Ramsan Kadyrow, hat die „militaristische Politik“ der USA erneut einer scharfen Kritik unterzogen. Laut Kadyrow bringen die US-Behörden Begriffe wie Religion und Staats- und Weltordnung in Verruf und beabsichtigen, den ganzen Nahen Osten in einen Krieg hineinzuziehen sowie Gefahrenherde um Russland herum zu schaffen.

„Alles, was in anderen Staaten um unser Land herum passierte, war menschengemacht und von den USA initiiert“, schrieb Kadyrow in seinem Telegram-Kanal. „Erst in der letzten Zeit haben die USA ihre ‚Fühler des Bösen‘ in Richtung dreier Fronten ausgestreckt: die Unterstützung der Opposition in Syrien, die Anerkennung von Jerusalem als Hauptstadt Israels und nun das Anheizen des Krieges im Iran.“

Wie er ferner betonte, agieren die USA „offen und unverschämt“, wobei sie ihre Demokratie „durch Blut und Feuer“ herbeischaffen würden. Vor diesem Hintergrund seien die Erklärungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin, dem zufolge die Welt nicht monopolar sein dürfe, besonders aktuell.

„Die militärische Verrücktheit der Vereinigten Staaten muss gestoppt werden und unsere europäischen Partner müssen begreifen, dass Russland die Position der Gerechtigkeit und der Lebenserhaltung vertritt. Europa darf nicht feig sein, sondern muss als vereinte Front gegen die Treulosigkeit auftreten. Sonst werden immer mehr Länder ins Chaos hineingezogen“, unterstrich Kadyrow.

Zuvor hatte der Tschetschenien-Chef auf Twitter die jüngste Äußerung des US-Präsidenten Donald Trump, die Teilnehmer der seit Tagen im Iran andauernden Protestaktionen zu „passender Zeit“ zu unterstützen, scharf kritisiert und gewarnt, dass Washington Teheran ein Trojanisches Pferd vorbereite.

Rusvesna.su: Kämpfer der Gruppierung „Schwarzes Komitee“ attackierten das russische Kulturzentrum in Kiew

In der Weihnachtsnacht überfielen Kämpfer der Gruppierung „Schwarzes Komitee“ das Russische Zentrum für Wissenschaft und Kultur in Kiew.

Beim Überfall wurde der Haupteingang der Institution mit Farbe beschmiert, „Tod für Russland“ geschrieben und Flugblätter verstreut.

In einer offiziellen Erklärung des „Schwarzen Komitees“ heißt es: „Wir lassen keinerlei Propaganda-Organisationen der RF in der Ukraine zu, schon gar nicht staatliche.“

Die Behörden des ukrainischen Staates haben bisher in keiner Weise auf diesen Angriff reagiert.



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by_text/public/napadenie_na_rossiyskiy_centra_nauki_i_kultury_v_kieve.jpg

ukrinform.ua: Poroschenko: Ukraine wird Mitglied der EU und NATO sein
Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, ist fest überzeugt, dass die Ukraine der EU und der NATO beitreten wird.
Das schreibt er in seinem Gastbeitrag für „Nowoje Wremja“ und The Economist.
Poroschenko betonte, dass die Mitgliedschaft in diesen Organisationen „unser strategisches

Ziel bleibt.“ Der Präsident wisse nicht, wann das passieren würde, aber sei überzeugt, dass das Ziel realistisch sei.

Laut dem Staatschef sei das Assoziierungsabkommen mit der EU eine Roadmap für Änderungen im Land und die Erfüllung der Kriterien für die Mitgliedschaft in der EU. Beim Gipfel der Östlichen Partnerschaft habe er Zwischenschritte dafür genannt. Das seien die Assoziierung mit dem Schengen-Raum, die Mitgliedschaft der Ukraine in der Zoll-, Energie-, und Digitalunion der EU.